

Wölfe unter Druck: Jagdrecht-Änderung zum Schutz der Nutztiere beschlossen!

Waldbesitzer und Jäger unterstützen die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht zur Regulierung der Bestände in Deutschland.



Deutschland - Waldbesitzer, Bauern und Jäger befürworten die Pläne der schwarz-roten Koalition, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Diese Entscheidung zielt darauf ab, die Wolfsbestände zum Schutz von Schafen und Ziegen gezielt zu regulieren. Max von Elverfeldt, Präsident des Verbands Familienbetriebe Land und Forst, äußert sich kritisch und erklärt, es sei höchste Zeit, den Wolfsbestand durch Jagd zu regulieren. Im Jahr 2023 haben Wölfe in Deutschland über **5.700 Nutztiere** verletzt oder getötet, darunter nahezu 5.000 Schafe, was zu erheblichen wirtschaftlichen Schäden für die Landwirte führt und die Bürger verunsichert.

Helmut Dammann-Tamke, Präsident des Deutschen

Jagdverbands, unterstützt die Nutztierhalter, die einen aktiven Herdenschutz fordern. Im Koalitionsvertrag der Union und SPD wird festgehalten, dass der Wolf „umgehend“ ins Jagdrecht aufgenommen werden soll. Dies entspricht auch einem Vorschlag der EU-Kommission, der eine Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes von „streng geschützt“ auf „geschützt“ vorsieht.

Herdenschutz und rechtliche Grundlagen

Der neue Koalitionsvertrag, der 146 Seiten umfasst, fordert im Abschnitt „Herdenschutz“ die rechtssichere Entnahme von Wölfen. Die Umsetzung dieses Vorschlags zur Herabstufung des Schutzstatus wird in nationales Recht über das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und das Bundesjagdgesetz (BJagdG) eingearbeitet. Dammann-Tamke betont die Dringlichkeit des Handelns in dieser Angelegenheit.

Berechnungen im Monitoringbericht 2023/24 zeigen, dass in Deutschland mindestens 1.601 Wölfe leben. Zum Vorjahr gab es 31 Prozent mehr Übergriffe, insgesamt **1.268 Übergriffe** wurden dokumentiert. Der Naturschutzbund NABU warnt jedoch, dass eine Bejagung des Wolfes den Herdenschutz nicht überflüssig macht. Details über die geplanten Gesetzesänderungen sind bislang noch unklar.

Gesellschaftlicher Konsens

Die Herabstufung des Wolfschutzes, die am 12. April 2025 in Kraft tritt, wurde bereits Ende 2024 durch den ständigen Ausschuss der Berner Konvention entschieden. Laut dem Deutschen Jagdverband ist dies der erste Schritt zu einem regional differenzierten Wolfsmanagement in Deutschland. Künftig sei es entscheidend, eine Strategie zu entwickeln, die auch Obergrenzen für Wolfsbestände und die Entnahme auffälliger Rudel berücksichtigt.

Eine gesellschaftliche Einigung über den Umgang mit dem Wolf

ist von essenzieller Bedeutung. Der Deutsche Jagdverband fordert, dass dies auf einem wissenschaftlichen und sachlichen Diskurs basiert. Zudem wird betont, dass Sachbeschädigungen oder Gewaltandrohungen im Kontext von Wolfsentnahmen unbedingt verfolgt werden sollten. In einigen Bundesländern ist der Wolf bereits im Jagdrecht verankert, unter anderem in Sachsen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern.

Die kommenden Monate werden entscheidend sein, um die nötigen rechtlichen Grundlagen für ein effizientes Wolfsmanagement zu schaffen und den Ansprüchen der Landwirte sowie der Allgemeinheit gerecht zu werden.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Deutschland
Verletzte	5727
Quellen	• www.zvw.de • osthessen-news.de • www.jagdverband.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de